

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

|                 |   |
|-----------------|---|
| Gremium         | <b>Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz</b>                  |
| Sitzungsdatum:  | Dienstag, den 14.10.2008  |
| Sitzung Nummer: | 27 ( OULA/27)   |
| Sitzungsdauer:  | 17:00 - 19:04 Uhr   |
| Sitzungsort:    | Landratsamt Stendal, Wendstraße 30 (ehemalige Poliklinik Nord),<br>Raum 421 |

---

Eduard Stapel  
Vorsitzende/r

---

Karola Abs      Torsten Friedrichs  
Protokollführer/in

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Herr Eduard Stapel

#### Mitglieder

Herr Arnold Bausemer

Herr Dieter Bolle

Herr Uwe Klemm

Herr Dr. Klaus-Jürgen Mörs

Herr Waldemar Schreiber

#### sachkundige Einwohner

Herr Holm Dietze

Herr Friedrich Jahns

Herr Torsten Mehlkopf

#### von der Verwaltung

Herr Dr. Joachim Franke

#### Protokollführer

Frau Karola Abs

Herr Torsten Friedrichs

#### von der Verwaltung

Frau Annemarie Theil

Herr Carsten Wulfänger

-  
Herr Jürgen Atzpadin

Vertretung für Herrn Falkhofen

### **Abwesend:**

#### Mitglieder

Herr John Völtzke

entschuldigt

#### sachkundige Einwohner

Herr Dr. Peter Neuhäuser

Frau Inka Roloff

Herr Manfred Schulz

#### von der Verwaltung

Herr Martin Falkhofen

entschuldigt

**Tagesordnung:**

- 1 Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut
  - 2 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
  - 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz sowie der Tagesordnung
  - 4 Feststellung der Niederschrift der 26. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz vom 10.09.2008
  - 5 Begehung Rettungsleitstelle
  - 6 Zuwendung des Landes zur Förderung der Ausrüstung der Feuerwehren im Land Sachsen-Anhalt mit Funkalarmempfängern (FAE) bzw. Sirenensteuerempfängern (SSE) für die digitale Alarmierung  
Vorlage: 439
  - 7 Verkehrsüberwachung durch den Landkreis Stendal  
(wird nachgereicht)  
Vorlage: 441
  - 8 Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut - Antrag der Fraktion DIE LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen  
Vorlage: 404
  - 8.1 Diskussion der Vorschläge des Fachausschusses
  - 8.2 Diskussion des Vorschlags der Verwaltung Arbeitspa-  
pier: Einführung der "Windeltonne"
  - 9 Anfragen und Hinweise
- 

**Protokoll**

**zu TOP 1 Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut**

Punkt 1 doppelt - gestrichen

**zu TOP 2 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

**Herr Stapel** eröffnet die 27. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz und begrüßt alle Anwesenden.

**zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz sowie der Tagesordnung**

**Herr Stapel** stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der Ausschussmitglieder fest. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen mit dem Hinweis, dass Punkt 1 aufgrund Doppelung entfällt.

**zu TOP 4 Feststellung der Niederschrift der 26. Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz vom 10.09.2008**

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 10.09.2008 wird einstimmig angenommen.

**zu TOP 5 Begehung Rettungsleitstelle**

**Herr Wüst** (Ordnungsamt) stellt die Arbeit der Rettungsleitstelle vor und erläutert, wie die Ausstattung in den vergangenen Jahren schrittweise verbessert wurde.

**Herr Mehlkopf** fragt nach, ob die Telefongespräche der Leitstelle aufgezeichnet werden. Dazu informiert **Herr Wüst**, dass jedes Telefonat für ein Jahr aufgezeichnet wird.

**Herr Bausemer** hinterfragt, wer über den Einsatz eines Rettungshubschrauber entscheidet. **Herr Wüst** stellt dar, dass der bearbeitende Leitstellenmitarbeiter nach der ihm telefonisch durchgegebenen Lage darüber entscheiden muss. In 99 % der Fälle wird ein örtliches Rettungsmittel eingesetzt. Im Bedarfsfall kann ein Hubschrauber innerhalb von 15 Minuten tagsüber im Landkreis Stendal zur Verfügung stehen.

**Herr Mehlkopf** stellt fest, dass die Mitarbeiter der Leitstelle eine verantwortungsvolle Tätigkeit ausüben, da sie nur nach einem Telefonat die notwendigen Maßnahmen veranlassen müssen. Dazu erläutert **Herr Wüst**, dass jeder Mitarbeiter die notwendige Qualifikation hat. Im Einsatzfall dürfen die Mitarbeiter nicht an die entstehenden Kosten denken. Im Zweifel müssen sie für den Einsatz entscheiden.

**Herr Stapel** hinterfragt, ob eine Statistik besteht, wie viel veranlasste Einsätze nicht notwendig waren. Dazu berichtet **Herr Wüst**, dass so eine Statistik nicht existiert. Für die Leitstelle ist der Vorgang zu Ende, wenn der Bürger versorgt ist. Eine Rückmeldung, z.B. vom Krankenhaus, ob der Einsatz notwendig war, erfolgt nicht. Trotzdem wird von den Krankenkassen die Notwendigkeit so vieler Einsatzfahrten pauschal in Zweifel gezogen.

**zu TOP 6 Zuwendung des Landes zur Förderung der Ausrüstung der Feuerwehren im Land Sachsen-Anhalt mit Funkalarmempfängern (FAE) bzw. Sirenensteuerempfängern (SSE) für die digitale Alarmierung  
Vorlage: 439**

**Herr Wulfänger** stellt dar, dass alle Landkreise diese 100%ige Förderung vom Land bekommen haben, damit die Feuerwehren mit Funkalarm- bzw. Sirenensteuerempfängern ausgestattet werden können. Der Landkreis wird die entsprechenden Mittel an die Kommunen zur Anschaffung der entsprechenden Geräte weitergeben. Die Vorlage Nr. 439 wird einstimmig befürwortet.

*einstimmig zugestimmt*

*Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0*

**Abstimmungsergebnis:**

|             |   |
|-------------|---|
| Ja:         | 6 |
| Nein:       | 0 |
| Enthaltung: | 0 |

**zu TOP 7 Verkehrsüberwachung durch den Landkreis Stendal**

(wird nachgereicht)  
Vorlage: 441

Zur Vorlage stellt **Herr Atzpadin** als zuständiger Sachgebietsleiter des Ordnungsamtes dar, dass der Landkreis Stendal seit inzwischen fast zehn Jahren in der Verkehrsüberwachung tätig ist. Der Kreistag fasste damals einen entsprechenden Beschluss, als Maßnahme der Verkehrsprävention, unter der Voraussetzung, dass die Kosten dieser für den Landkreis freiwilligen Aufgabe durch die Einnahmen aus Verwarn- und Bußgeldern gedeckt sein sollten. Seit ca. drei Jahren besteht aufgrund gestiegener Kosten und verringerter Einnahmen keine Kostendeckung mehr. Anders als z.B. in der Stadt Stendal, ist im Landkreis die Kostendeckung schwieriger zu erreichen, da zum einen die Umsetzzeiten bedeutend länger und die Verkehrsdichte geringer ist. Vielfach wird eine Geschwindigkeitsmessung auch als „Service“ bei einer entsprechenden Bedarfsmeldung durch die Bürgermeister durchgeführt. Gegenwärtig wird der Verkehr durch den Landkreis von Montag bis Freitag zwischen 6- 21 Uhr und nach Bedarf am Sonnabend überwacht. Die Verwaltung favorisiert die Weiterführung der Verkehrsüberwachung.

**Herr Klemm** hinterfragt, ob die Erneuerung der Technik zum jetzigen Zeitpunkt eine Entscheidung notwendig macht. Dazu erläutert **Herr Atzpadin**, dass bei Weiterführung der Verkehrsüberwachung die Technik in den nächsten 2 bis 3 Jahren erneuert und dann auf digitale Fototechnik umgestellt werden sollte. Auch das Auto muss erneuert werden, da es inzwischen schon 280.000 km gefahren ist. Die Entscheidung zur Verkehrsüberwachung wird seitens der der Verwaltung auch angestrebt, weil ein als „Messbeamter“ tätiger Kollege ausgeschieden ist und die Frage nach einer Neubesetzung der Stelle steht.

**Herr Wulfänger** erklärt, dass im Rahmen der Verkehrsüberwachung zwei Mitarbeiter im Außen- und einer im Innendienst arbeiten. Hier stellt sich die grundsätzliche Frage, ob man sich eine präventive Verkehrsüberwachung trotz schlechter Finanzausstattung weiter leisten will.

**Herr Atzpadin** wirft ein, dass sich der erzieherische Erfolg der Verkehrsüberwachung aus der reinen Zahl der Verstöße nur bedingt herleiten lässt. ist.

**Herr Dr. Mörs** sieht die Verkehrsüberwachung als „Akt staatlicher Daseinsvorsorge“ und spricht sich für deren Weiterführung durch der Landkreis aus, da er deren abschreckende Wirkung für wichtig hält.

**Herr Dietze** ergänzt, dass Unfälle und Unfallfolgen oft dramatisch und in der Bilanz wesentlich kostenintensiver als eine präventive Verkehrsüberwachung sind und die Verkehrsüberwachung daher wesentlich zu einer erheblichen Vermeidung von Unfallfolgekosten beitragen kann.

**Herr Bolle** stellt fest, dass die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsgemeinschaft und Verkehrsüberwachern immer gut war und spricht sich für die Beibehaltung aus.

**Herr Schreiber** ist gegen die Weiterführung der Überwachung und verweist auf seine schon früher dargestellte Begründung.

Für **Herrn Mehlkopf** wäre eine Einstellung der Verkehrsüberwachung durch den Landkreis aufgrund gegenwärtig fehlender Kostendeckung das falsche Signal. Oft wird der Vorwurf laut, dass die Verkehrsüberwachung nur wegen der Einnahmen durchgeführt wird. Eine Einstellung der Überwachung würde diese Meinung stärken, Weiterführung den vorrangig präventiven, statt wirtschaftlichen Ansatz unterstreichen. Er spricht sich für die Weiterführung aus.

**Herr Wulfänger** stellt im Hinblick auf die anstehende Kommunalreform fest, dass über die Verkehrsüberwachung dann grundsätzlich neu nachgedacht werden muss, wenn sich die Voraussetzungen wesentlich ändern. Die Vorlage Nr. 441 wird bei einer Gegenstimme befürwortet.

*mehrheitlich zugestimmt*

*Ja 5 Nein 1 Enthaltung 1*

**Abstimmungsergebnis:**

|             |   |
|-------------|---|
| Ja:         | 5 |
| Nein:       | 1 |
| Enthaltung: | 0 |

**zu TOP 8 Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut - Antrag der Fraktion DIE LINKE.-Bündnis 90/Die Grünen**

Vorlage: 404

zu TOP Diskussion der Vorschläge des Fachausschusses

8.1

**Herr Stapel** stellt fest, dass im Vorfeld keine weiteren Vorschläge zur Bekämpfung der Kinderarmut bei ihm eingegangen sind. Anschließend erläutert er seine dem Ausschuss vorliegenden Vorschläge.

**Herr Schreiber** äußert Zweifel an der bisher erkennbaren Zielstrategie dieses Vorhabens des Landkreises. Nach seiner Auffassung führt der Weg zur Bekämpfung der Kinderarmut nur über die Eltern. Jede Familie erhält Kindergeld, das den Kindern auch zugute kommen muss. Alle Familien werden sich über die Erhöhung des Kindergeldes freuen, aber auch danach wird ein Teil der Kinder ohne Frühstück zur Schule gehen. Die Eltern sind für den Einsatz des Kindergeldes für die Kinder verantwortlich. Insofern führt kein Weg zur Bekämpfung der Kinderarmut an den Eltern vorbei. Fälle, wo das Kindergeld nicht für die Kinder verwandt wird, bezeichnet er als Verbrechen an den Kindern, ohne dass dies strafbar wäre. Im Übrigen bittet er um eine Definition, was denn Kinderarmut eigentlich ist. Dazu meint Herr **Dr. Mörs**, dass die Kinderarmut im materiellen Sinne dann gegeben ist, wenn die Eltern arm sind. Aber das Problem geht darüber hinaus.

**Herr Schreiber** führt weiter aus, dass Problemfamilien vieles zufällt, ohne etwas dafür zu tun. Familien, in denen beide Eltern arbeiten, können unter Umständen ihrem Kind keinen Besuch der Musikschule finanzieren, der dem Kind eines Hartz-IV-Empfängers kostenlos offen steht. Vielfach fehlt aber auch der Leistungswille. So berichtet er, dass ein Bekannter im Rahmen der Schülerhilfe vor Jahren jeweils drei Plätze für Bedürftige kostenfrei angeboten hat. Diese Plätze blieben nach einmaligen Erscheinen von Schülern in der Folge unbesetzt.

**Herr Dietze** meint, dass man Problemfamilien oftmals nicht in den Griff bekommt. Er meint, dass über entsprechende Angebote von Kirchen, Verbänden, Sport- und Fördervereinen eine Förderung der Kinder erfolgen und die Bereitschaft der Kinder zur Leistungserbringung geweckt werden kann. Ohne eine solche Unterstützung könnte der Anteil der Kinder, der später in die Kriminalität abrutscht, bedeutend größer sein und zu erheblichen Problemen in der sozialen Struktur führen. **Frau Theil** weist darauf hin, dass über solche Träger im Landkreis Stendal schon erhebliche Arbeit geleistet wird.

**Herr Dr. Mörs** führt aus, dass es nach seiner Ansicht bei der Bekämpfung der Kinderarmut nicht *die* Lösung gibt. Er meint, dass sowohl die Schule, die Familie als auch die Freizeitgestaltung Ansatzpunkte für die Arbeit gegen Kinderarmut setzen und dass man im Bereich der Freizeitgestaltung in den alten Bundesländern weiter ist.

**Herr Mehlkopf** meint, dass die Vereine schon sehr viel in diesem Zusammenhang leisten. Er bemängelt, dass die Aussage Kinderarmut nur pauschal getroffen wird, damit an der tatsächlichen Situation womöglich vorbei geht. Nach seiner Meinung besteht kein Überblick, wie viel Kinder in den Horten und Kindertagesstätten tatsächlich kein Frühstück und kein Mittag bekommen und fragt nach einer entsprechenden Untersuchung, die dazu geplant war. Im Übrigen ist er der Meinung, dass es durchaus nicht nur Kinder aus armen Familien sind, die weder Frühstück, noch Mittag bekommen. **Frau Theil** ergänzt dazu, dass eine solche Untersuchung nicht stattfand. Der Gedanke sollte noch einmal in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule aufgegriffen werden.

**Herr Wulfänger** stellt zusammenfassend fest, dass die zu erarbeitende Strategie zur Bekämpfung der Kinderarmut sich in zwei Punkte gliedern sollte

1. Welche Forderungen sollen an die Politik gestellt werden?
2. Was können wir als Landkreis allein tun?

**Herr Stapel** beendet die Diskussion mit dem Hinweis, dass die eingegangenen Vorschläge und Hinweise zur Erarbeitung einer Strategie an das Jugendamt weitergeleitet werden.

zu TOP Diskussion des Vorschlags der Verwaltung  
8.2 papier: Einführung der "Windeltonne"

Arbeits-

**Frau Theil** stellt den Vorschlag des Umweltamtes zur Einführung der „Windeltonne“ vor. Das Umweltamt schlägt vor, dass die Umtauschgebühren für den Hin- und Rücktausch eines größeren oder zusätzlichen Restabfallbehälters infolge erhöhten Bedarfes durch den Anfall von Wegwerfwindeln in den ersten drei Lebensjahren von Kindern bei entsprechendem Antrag und Nachweis nicht geltend gemacht werden, entfallen. **Herr Dr. Franke** weist auf den Zusatzeffekt hin, dass „aus Kostengründen“ gegenwärtig anderweitig, also illegal entsorgte Windeln, dann wieder ordnungsgemäß in den Restmüll gelangen sollten. Dadurch würde ein Teil der Kosten dieses Vorhabens durch das Ersparen von Kosten aus der illegalen Abfallentsorgung wieder wett gemacht.

**Herr Schreiber** begrüßt das Vorhaben ausdrücklich mit der Bemerkung: „Das ist wirklich kinderfreundlich“.

#### zu TOP 9 Anfragen und Hinweise

**Herr Bolle** mahnt an, das die Entsorgung der durch die ABM festgestellten und bereit gestellten Abfälle zum Teil bis zu sechs Wochen dauert und das dies zu lang ist. Die Bürger verstehen nicht, warum die Entsorgung so lange dauert. Herr Dr. Franke erläutert nochmals den Verfahrensweg von der Anzeigenaufnahme bis zur Entsorgung. **Frau Theil** macht darauf aufmerksam, wenn der Zeitraum bis zur Entsorgung zu lang erscheint, sollte unmittelbar bei der Verwaltung nachgefragt werden.

**Herr Jahns** fragt nach, wie er sich verhalten soll, wenn der Restmüllbehälter gestohlen wurde und von einem anderen Haushalt genutzt wird. **Herr Dr. Franke** meint dazu, dass dies geahndet wird, und der ALS unmittelbar gemeldet werden sollte, damit der Transponder für künftige, missbräuchliche Entsorgungen gesperrt werden kann.